



## **Jahresbericht 2017**

Der Verein *Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.* hat sich bei Gründung 1972 (Vereinsgründung 04.09.1972) - anfangs als Aufgabe gesetzt, ausländische Arbeitnehmer in die Lage zu versetzen, ihre Interessen selbst zu vertreten und durchzusetzen, die Öffentlichkeit auf die wirtschaftliche, rechtliche, politische und soziale Lage, auf die Lebensbedingungen der damaligen „Gastarbeiter“ aufmerksam zu machen und zu sensibilisieren und deren Lage zu verbessern.

Der Verein verstand sich anfangs als außerparlamentarisches Forum. Erst später begann der Verein in Wilhelmsburg mit konkreter Sozialarbeit: mit Sozial- und Integrationsberatung, Förderung von Kindern und Jugendlichen, Erwachsenenarbeit in Form von Sprachkursen. Der Verein unterstützt und fördert durch Angebote und Maßnahmen die Integration – unabhängig von Alter, Herkunft, Kultur, Tradition und Biografie. Das Aufgabenfeld Berufliche Qualifizierung in einer breiten Angebotsvielfalt für junge Menschen kam später hinzu.

Die Verwirklichung der politischen, fachlichen, inhaltlichen Vereinsziele findet heute durch die beidem vom Verein gegründeten gemeinnützigen Gesellschaften statt:

**BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH** (gegründet 01.01.2007)

**BI Bildung und Integration Hamburg-Süd gGmbH** (gegründet 01.04.2013)

**Alleiniger Gesellschafter der beiden gemeinnützigen GmbHs ist die Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.**

Aktuelle satzungsgemäße Zwecke sind:

- a. die Förderung der Jugendhilfe
- b. die Förderung der Erziehung, Volks- und Berufsbildung
- c. die Förderung internationaler Gesinnung, der Toleranz auf allen Gebieten der Kultur und des Völkerverständigungsgedankens. Insbesondere mit dem Ziel, die gesellschaftliche Lage der Migrantinnen und Migranten besonders im Hinblick auf die allgemeinen wirtschaftlichen, rechtlichen, politischen und menschlichen Belange in der Bundesrepublik Deutschland zu verbessern.

**Der Verein fungiert heute als Förderverein und unterstützt alle Aktivitäten beider Gesellschaften** nach der aktualisierten Erweiterung der Vereinssatzung durch ideelle und finanzielle Förderung.

Es besteht die „*Arbeitsgruppe Förderverein*“, eingesetzt von der Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V. - um zusätzlich Aktivitäten zur Förderung der beiden Tochtergesellschaften *BI Beruf und Integration*



## **Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.**

Elbinseln gGmbH und BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH zu initiieren, zu koordinieren und ggfs. durchzuführen. Die Aufgaben im Einzelnen:

- Die AG Förderverein nimmt für die *Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.* zur Realisierung der Zielvorstellungen beider Gesellschaften durch Öffentlichkeitsarbeit Einfluss auf die Entscheidungsträger und sucht bei der Umsetzung der Ziele die Zusammenarbeit mit Behörden, relevanten politischen Gremien, Organisationen.
- Im Einzelnen findet dies statt über:
  - Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen zu migrationspolitischen, aufenthaltsrechtlichen, sozialen Rahmenbedingungen und aktuelle Rechtsvorschriften
  - Unterstützung der Arbeit von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit in Wilhelmsburg
  - Förderung und Unterstützung einzelner Personen und Familien
  - Durchführung von Veranstaltungen zu den Themenkomplexen Migration und Integration und begleitende Öffentlichkeitsarbeit
  - Interkulturell ausgerichtete Stadtteilkulturangebote

Die personelle Zusammensetzung der Arbeitsgruppe Förderverein bestand 2017 aus vier Mitgliedern - davon zwei aus dem Vorstand und je eins aus den beiden Gesellschaften. Die Zusammensetzung blieb 2018 unverändert. Es finden in unregelmäßigen Abständen Arbeitstreffen statt. Die AG berichtete der Mitgliederversammlung.

### **Aktivitäten des Fördervereins im Jahr 2017**

Es gab in unregelmäßigen Abständen protokollierte Arbeitstreffen der AG Förderverein. Erstellt worden sind dabei:

- ein Spendenaufruf zur Veröffentlichung auf der Homepage
- Förderkriterien und –richtlinien sowie ein Verfahren der Bearbeitung von Anträgen als Grundlage für die Entscheidungen

### **Interne Fortbildung**

Am 13.03.2017 erhielten die Beschäftigten der „BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH“ (BI Hamburg Süd) eine Schulung zum Thema „KursEva in der Praxis“. Als Dozent war Dirk Gerdau (Firma „Rechenleistung“) eingeladen.

Bei „KursEva“ handelt es sich um eine Datenbank für die Verwaltung von Integrationskursen und zugleich um ein effektives Dokumentationssystem für die in den Integrationszentren und Stadtteilbüros der BI Hamburg Süd durchgeführte Lernberatung.



Nach einem Brainstorming zum Thema „Welche Fragestellungen tauchen im praktischen Umgang mit KursEva auf“, wurden die Ergebnisse thematisch gruppiert und anschließend mit Prioritäten versehen. Herr Gerdau beantwortete die offenen Fragen und zeigte mögliche Wege bei der Informationssuche in KursEva auf. Abschließend wurden Absprachen bezüglich Änderungs- und Ergänzungswünschen hinsichtlich der Datenbank besprochen.

Die Mitarbeitenden der BI Hamburg Süd bewerteten die Schulung positiv und als hilfreich für ihre tägliche Arbeit.

### Stadtteilkulturarbeit

#### *Beteiligung am Frauenfest anlässlich des Internationalen Frauentages*

Im Bürgerhaus Wilhelmsburg fand am 03.03.2007 anlässlich des Internationalen Frauentags (08.März) das „7. Elbinsel Frauenfest“ statt. Die Veranstaltung fand in Kooperation statt: Mädchentreff Kirchdorf-Süd/Dolle Deerns, verikom, Elternschule Wilhelmsburg, Veddel Aktiv e.V. und Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V., vertreten durch die beiden gGmbH's, BI Hamburg Süd und BI Elbinseln mit den „Inselmüttern“.

Ein Fest nur für Frauen unterschiedlichster sozialer und ethnischer Herkunft und ohne Eintritt, um so einen ganz niedrigschwelligen Zugang zu gewährleisten.

Teilgenommen haben etwa 500 Frauen mit Kindern. Sie sprechen die unterschiedlichsten Sprachen. Es gab deshalb eine Begrüßung in fünf Sprachen (deutsch, englisch, türkisch, arabisch, und farsi). In diesem Jahr waren viele arabischsprachige Frauen auf dem Fest, die aus den Unterkünften für Geflüchtete kamen. Es gab die Entscheidung, das Essen und Getränke für diese Frauen und ihre Kinder kostenlos anzubieten.

Das Kinderbetreuungsangebot musste auch ausgeweitet werden, da viel mehr Kinder zu der Veranstaltung mitgebracht wurden. Besonders unterstützt wurde die Veranstaltung erneut durch die „Inselmütter“, die diverse Tätigkeiten übernahmen.

Stadtteilveranstaltungen dieser Art geben die Gelegenheit auf Aktivitäten, Aufgabenbereiche, Ziele, Angebotsformen und die Erreichbarkeit der beiden Tochtergesellschaften BI Beruf und Integration Elbinseln gGmbH und BI Bildung und Integration Hamburg Süd gGmbH hinzuweisen und an die „Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V.“ als langjährige Wilhelmsburger Institution zu erinnern.

Das umfangreiche Kulturprogramm haben wieder Adwoa Kröger, Angelina Akpovo, Anne Wiemann und der türkische Frauenchor YAKNI bestritten was insgesamt zu einem gemeinsamen Tanzen motivierte. Es gab auch wieder ein vielfältiges Essens- und Getränkeangebot, an dem sich die Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e. V. mit einer Finanzierung beteiligt hat.



Das Fest wurde wieder von der Kulturbehörde Hamburg, der Nordkirche und dem Abendblatt finanziell gefördert.

### Externe Fortbildungen

*Ein erster Einblick in das Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht für junge Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus“ am 2. Februar 2017*

Da die Nachfrage an einer Fortbildung zum Thema Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht für geflüchtete Jugendliche aus dem Jahr 2016 immer noch groß war, hat die Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e. V. am 2. Februar 2017 erneut eine Fortbildung mit der Referentin Frau Franziska Gottschalk von basis & woge e. V. durchgeführt.

Es haben sich 25 Personen angemeldet; letztendlich haben nur 20 Personen teilgenommen. 34 Personen mussten aufgrund der fehlenden Kapazitäten abgesagt werden. Dadurch war klar, dass der Bedarf an Informationen zu diesem Thema weiterhin hoch ist.

Die TeilnehmerInnen kamen aus den verschiedensten sozialen Arbeitsfeldern, z. B. Jugendberufshilfe, Kinder- und Jugendhilfe und Migrationsberatung. Inhaltlich wurden folgende Aspekte behandelt:

- aufenthaltsrechtliche Titel für Deutschland
- Möglichkeiten einer Ausbildung
- Möglichkeiten einer Beschäftigung
- erste Informationen zur “3+2 – Regelung“

Die TeilnehmerInnen hatten zudem die Möglichkeit in großem Umfang, eigene Fragen zu stellen.

Weiterhin wurden den TeilnehmerInnen Beratungsstellen in Hamburg und hilfreiche Links im Web an die Hand gegeben, sodass sie ihre Jugendlichen qualifiziert weiterleiten können.

Am 5. Juli 2017 fand erneut eine dreistündige Fortbildungsveranstaltung „*Ein erster Einblick in das Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisrecht für junge Menschen mit ungesichertem Aufenthaltsstatus*“ statt.

Diese zweite Veranstaltung mit 26 TeilnehmerInnen ergab sich aus der großen Nachfrage und der Zahl der Nichtberücksichtigten im Februar. Adressaten waren wiederum Fachkräfte aus der Jugendhilfe, Jugendberufshilfe, Migrationsberatung und ähnliche Arbeitsfelder, die mit diesem Komplex konfrontiert sind. Denn hier ergaben sich in letzter Zeit entscheidende gesetzliche Änderungen. Für eine Reihe von jungen Menschen – mit Duldungen oder mit Aufenthaltsgestattungen bei laufendem Asylverfahren – haben sich die Zugangsvoraussetzungen gerade auch für die



Aufnahme einer beruflichen Qualifizierung entscheidend verbessert und eröffnen damit Integrationsperspektiven.

Als Referentin konnte Frau Anne Pelzer gewonnen werden. Anhand eines Skriptes „Aufenthalt und Arbeitsmarktzugang für junge Geflüchtete“ und einer PowerPoint Präsentation wurden die Themen über aufenthaltsrechtliche, arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Grundlagen dargestellt:

- Ablauf des Asylverfahrens bei Jugendlichen (minderjährige unbegleitete Flüchtlinge) und Jungerwachsenen
- Schulische Angebotsstrukturen (Vorbereitungsmaßnahmen, Übergang in Regelklassen), Berufsorientierungs- und Vorbereitungsmaßnahmen (AvM-Dual für 16-18-Jährige)
- Aufenthaltstitel / Aufenthaltzwecke
- Welche Möglichkeiten hat die Zielgruppe eine Ausbildung aufzunehmen?
- Ausbildungsduldung“
- Erläuterungen zur neuen „3+2-Regelung“
- Welche Möglichkeiten hat die Zielgruppe, eine Beschäftigung aufzunehmen?
- Zuständigkeitsprüfung von Agentur für Arbeit und JobCenter für Flüchtlinge
- Bezug von Ausbildungsförderung
- Bleiberechtsregelung

### Schwimmen für Frauen

Auf der ordentlichen Mitgliederversammlung im Juni 2016 gab es den Vorschlag, geeignete Aktivitäten gegenüber Politik, Verwaltungen und Fachöffentlichkeit einzuleiten um die Bäderland GmbH zu bewegen, in den Badeanstalten wieder ausreichend Öffnungszeiten einzurichten, in denen Frauen schwimmen können. Dabei wurde vor allem an migrantische Frauen gedacht. Dieses Thema bewegte uns und eine Reihe hierzu aktivierter Organisationen und Einrichtungen, die Fachöffentlichkeit wie Arbeitskreisen, bezirkliche und bürgerschaftliche Gremien, Sportbund, Krankenkassen etc, das Jahr über. Die Forderung nach Angebotserweiterungen soll alle Bäder mit je einem wöchentlichen 2-4-stündigen Minimalangebot einbeziehen; als Maximallösung gilt ein „Frauenöffnungstag“ je Bad in der Woche bestand weiterhin.

Es kam auf Einladung der BI zu den Fachgesprächen „Endlich schwimmen?! – Schwimmen für Frauen und Mädchen in Hamburg“ am 26.01. und 14.09.2017, ausgerichtet in dem Sitz der Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V. in dem „Haus Rudolfstr.“. Der DLRG beteiligte sich – auch mit dem Hinweis über nicht vorhandene Ressourcen und zweijährigen Wartezeiten. Die Elternschule Wilhelmsburg stellte die Situation in Wilhelmsburg vor. Die Teilnehmerinnen fassten die aktuellen Angebotsstrukturen in Hamburg zusammen und benennen die Bedarfslagen mit der Ausrichtung auf migrantische Frauen. Es wurde auf die Situation und Anforderungen bei Geflüchteten eingegangen. Das Treffen endete mit der Forderung nach einer Erweiterung der Schwimmzeiten für Frauen in Hamburg und für Wilhelmsburg ganzjährige Frauenschwimmzeiten und einen Vormittag als „Schwimm-



treff“. Die Bäderland GmbH sollte erneut angesprochen und eingeladen werden, die bezirklichen Integrationsbeiräte Mitte und Harburg einbezogen werden.

Auf der zweiten und dritten Fachkonferenz wurde weiterhin über Bäderland GmbH und dessen Argumentation diskutiert. Das heißt, es wäre wohl kein Bedarf da und es ist nicht wirtschaftlich. Bäderland GmbH veränderte leicht die Öffnungszeiten für Frauenschwimmen in Wilhelmsburg. Eine Bedarfsermittlung über den HSB ergab, dass über 800 Frauen und Mädchen aus Hamburg und Schleswig-Holstein Interesse nach Frauenschwimmen haben. Aus den bezirklichen politischen Bereichen gab es keine positiven Interessenanmerkungen und Rückmeldungen.

Die SECURVITA Krankenkasse bot die finanzielle Unterstützung für die Durchführung eines Rettungsschwimmerkurs für interessierte Frauen und Männer an. Dabei sollten die Interessenten bereits in dem Bereich Frauen- und Mädchenarbeit oder Schwimmgruppenbegleitung tätig sein, damit sie dort das Erlernte anwenden können. Der Rettungsschwimmerkurs ist für das Frühjahr 2018 angedacht.

Rückmeldungen einzelner Institutionen und mögliche positive Fortschritte werden abgewartet.

#### Einzelförderung und Unterstützung

2016 berichteten wir von einem Teilnehmer der Maßnahme IbQ (Integration durch berufliche Bildung für 18 – 30-jährige Geflüchtete) der BI Elbinseln. Dieser kam als 13-jähriger unbegleiteter Flüchtling und damit in Obhut von Jugendhilfe. Er lebt seit 16 Jahren mit dreimonatigen Kettenduldungen, also einem endgültig ungeklärten Status in Deutschland verbunden mit dem Verbot einer Arbeits- oder Ausbildungsaufnahme. Vorwurf war, er verschleierte seine Identität. Sein rechtlicher Status war das Resultat einer ungenügenden Betreuung, Begleitung und Beratung der damals Verantwortlichen in der Jugendhilfe und der in Anspruch genommenen Anwälte. 2016 war IbQ die einzige für ihn in Frage kommende Maßnahme. Beide BI-Gesellschaften konnten mit ihren spezifischen fachlichen Kenntnissen Kompetenzen in einer gemeinsamen Anstrengung eine Lösung initiieren, in der die Botschaft mit der Erstellung einer Identitätsbescheinigung, die Hamburger Ausländerabteilung mit einer vorläufigen rechtlichen Absicherung Der Betrieb, in dem im Rahmen der IbQ-Maßnahme ein Betriebspraktikum durchgeführt worden ist, hat den jungen Mann im Mai 2017 unbefristet eingestellt. Trotzdem ist die Situation noch nicht geklärt. Er erhält seit Mai 2017 regelmäßig eine dreimonatige Duldung verbunden mit einer Arbeitserlaubnis und der Ankündigung, dass die Duldung jederzeit widerrufen werden kann. Im Frühjahr 2017 wurde außerdem mit unserer Unterstützung eine Petition bei der Hamburger Bürgerschaft eingereicht.



*Wissenschaftliches Interesse am Archiv der BI:*

Angehörige der *Universität Osnabrück, Institut für Migrationsforschung und interkulturellen Studien* nahmen Ende 2017 unabhängig voneinander mit der Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V Kontakt auf.

Sie kamen nach Recherchen im Hamburger Staatsarchiv auf uns zu; im Rahmen derer sie auf die Bürgerinitiative ausländische Arbeitnehmer e.V. gestoßen waren, da sich die BI seit den 70iger Jahren stark für die Verbesserung der sozialen, rechtlichen, wohn- und allgemeinen Lebensverhältnisse in Wilhelmsburg engagierte und ein wichtiger Akteur bei der Vertretung der Interessen von MigrantInnen war.

Die ersten Anfragen betrafen unterschiedliche Themen und Fragestellungen. Dabei waren durchgehend die migrationspolitischen Aktivitäten des Vereins in den 70iger und 80iger Jahren von Interesse, die Positionen und Stellungnahmen, die politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen aus Sicht eines freien Trägers sowie die gemeinsamen Stadtteilaktivitäten in Wilhelmsburg. Gefragt waren zudem Informationen zur Hamburger „Ausländerpolitik“, der Wohnungssituation z.B. in Wilhelmsburg – verbunden mit den damaligen Steuerungsinstrumenten „Zuzugs-“ und „Vergabesperre“, Kommunales Wahlrecht, Doppelte Staatsangehörigkeit, Diskussion und Entwicklung der Hamburgischen Leitlinien, den Diskussionsprozessen und Umsetzungen zu Integration, etc. Die Positionierungen und Aktivitäten des Vereins BI als freier Träger, die damit verbundenen Auseinandersetzungen wurden, stießen auf Interesse. Alles war mit einem aufwändigem Arbeits- und Suchaufwand im Keller in Haus Rudolfstr. verbunden, da die BI über kein geordnetes Archiv verfügt. Mit internen Zeitzeugen und privaten Archiven konnten wir nicht aushelfen.

Bearbeitet werden:

a. Forschungsprojekt „Interessenvertretung-Kooperation-Konflikt- Zum Verhältnis zwischen Migrantenorganisationen und Gewerkschaften 1970/1980iger Jahre“, Studie zu Hamburg, Stuttgart, Osnabrück. Hierzu werden Materialien migrantischer Organisationen und unterstützende Organisationen gesucht.

b. Promotionsarbeit zur lokalen Migrationsgeschichte Hamburgs und West-Berlins zwischen ca. 1950 und 1993 (Arbeits- und Asylmigration) mit „Besonderes Anliegen, nicht nur auf Politik und Behörden eingehen, sondern auch auf zivilgesellschaftliche Akteure“; interessiert an internen Diskussionen, Stellungnahmen, Positionen, Schriftverkehr mit Behörden, Verlauf der „Zuzugssperre“ u.a. politischen Aktionen.

c. Geschichtswissenschaftliche Arbeit zu migrantisch geprägten Stadtvierteln in Hamburg und London.

Wir hoffen, dass die fast 45 Jahre dauernde gesellschaftliche, politische und soziale Arbeit der BI auf diese Weise festgeschrieben wird.



### Stadtteilbezogene Gremienarbeit

Der Verein setzte die gewachsene, langjährige, stadtteilbezogene Zusammenarbeit und Vernetzungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen spezifischen Aufgaben- und Leistungsprofile der beiden „Töchter“ fort und tritt in einigen stadtteilbezogenen Gremien in über 40jährigen Tradition als „Die BI“ auf. Damit ergibt sich auch immer wieder die Gelegenheit, andere Organisationen, Träger, Einrichtungen – vor allem neu hinzugekommene – über die Aufgabenprofile der beiden Gesellschaften zu unterrichten.

### TIRA (Tisch für interreligiösen Austausch)

In Folge einer Veranstaltung des „Initiativkreis Wilhelmsburg / Ini-Kreis“ über Prävention, Gefährdung, Zugänge von Jugendlichen in islamistische Strukturen durch Ufoq entstand 2016 der Arbeitskreis TIRA (Tisch für interreligiösen Austausch) mit VertreterInnen kommunaler und freier Jugendhilfe, Schulen, Moscheevereine, koordiniert von Frau A. Blös, Regionalpfarrstelle Wilhelmsburg. Es finden neben Info-Austausch – erstmalig unter Beteiligung von (ehrenamtlichen) Vertretern aus der Jugendarbeit von drei Moscheegemeinden (es gibt sechs auf den Elbinseln) eine zu mindestens ansatzweise Behandlung des Komplexes: Lebenswirklichkeit, Integration, Diskriminierung, Prävention, Entwicklungen. Inhalte der Jugendarbeit wurden dargestellt und verglichen. Es gab die Gelegenheit, Strukturen der Moscheevereine, Verbandszugehörigkeit, Hintergründe, Ausrichtungen kennenzulernen und erste Schritte zur Errichtung einer Netzwerkarbeit und Verzahnung von Jugendhilfe, Schule, Moscheevereine zur Verhinderung des Zuganges in islamistische Strukturen.

### Demokratie leben – Partnerschaft für Demokratie Wilhelmsburg

Verikom führt seit 2016 die Trägerschaft zur Durchführung des Bundesprogramms „Demokratie leben – Partnerschaft für Demokratie Wilhelmsburg“. Aufgaben sind die Erarbeitung von Strategien und Aktionsformen gegen Radikalisierung, Diskriminierung, zur Prävention in und mit Schulen, Jugendarbeit, Moscheevereinen u.a. Die Projektleitlinie fordert Steuerungsgruppe, Begleitausschuss, Durchführung von Auftaktveranstaltungen, Partizipation von Jugendlichen, Einrichtung und Durchführung von Jugendforen, Einbeziehen von Erwachsenen, Förderung von Begegnung im Stadtteil, Vernetzung, Demokratie- und Toleranzförderung.

Es kam zu einer Reihe von Angeboten und Projekten. So gab es einen geförderten Workshop in Gruppenarbeit zu „Wilhelmsburg – Vielfalt, Toleranz, Respekt“ für unsere TeilnehmerInnen der Produktionsschule.